4. 1. Begründet die Bewirkung eines falschen Eintrags in Betreff der Vaterschaft eines im Standesregister als unehelich eingetragenen Kindes eine Veränderung des Personenstandes?

2. Fällt eine Erklärung über die Vaterschaft zum Standesregister unter den Begriff der Herbeiführung falscher Beurkundung?

St.G.B. §§. 169. 271.

Pr. U.L.R. II. 2. §§. 596. 598.

Reichsgesetz betr. die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Febr. 1875. §§. 15. 25. (R.G.Bl. S. 23).

I. Straffenat. Urth. v. 10. Nov. 1879 g. P. u. Gen. Rep. 154/79.

I. Kreisgericht Gräß.

II. Appellationsgericht Fosen.

P. hatte vor dem Standesbeamten die Vaterschaft eines als unehelich geboren im Geburtsregister eingetragenen Kindes anerkannt, dessen Vater er nicht war. Die auf diese Thatfache gegründete Verurteilung

aus §§. 169 und 271 St.G.B.'s wurde als rechtsirrtümlich deshalb angegriffen, weil für die Rechte unehelicher Kinder nach den Vorschriften des A.L.R.'s nur die Thatsache des matr. subseq. nicht die Anerkennung entscheidend sei, und weil die Abstammung nicht durch das Geburtsregister des Standesbeamten bewiesen werde.

Die Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde erfolgte aus nachstehenden Gründen:

„Die Nichtigkeitsbeschwerde leitet zunächst aus den §§. 596, 598 A.L.R.'s Th. II. Tit. 2. her, daß uneheliche Kinder die Rechte und Pflichten ehelicher nicht durch Anerkennung erlangen, also die letzteren ihren Personenstand nicht verändern. Der Wortlaut des §. 596: „Wenn ein Schwängerer die Geschwächte heiratet, so erlangt das aus dem Weischnaf erzeugte Kind eben dadurch die Rechte und Verbindlichkeiten eines ehelichen“, geht allerdings von dem Falle aus, daß die Abstammung des Kindes zur Zeit der Heirat nicht in Frage stehe, und knüpft deshalb die Legitimation an die Heirat; allein es kann nicht zweifelhaft sein, daß Voraussetzung der Herbeiführung des ehelichen Geburtsstandes ein Doppeltes ist, die Zeugung von den sich Verheiratenden und die Eheschließung der Erzeuger. War die letztere bereits erfolgt, dagegen die Thatsache der Zeugung von den beiden Ehegatten noch nicht feststehend, so hatte dieser Nachweis, der durch Anerkennung bewirkt wurde — vgl. Ges. v. 24. April 1854 betr. die Abänderung des Abschnittes 11 Tit. 1 Th. II. c. des A.L.R.'s (G.E. S. 193) §. 13, Z. 2 —, die Folge der Veränderung des Personenstandes des vor der Ehe geborenen Kindes, dessen Filiation bis dahin nicht feststand. Und wenn der §. 598 vorschreibt, daß, wenn die Legitimation durch Verheiratung erfolgt, die Eheschließung den Zeitpunkt bestimmt, wo die Rechte ihren Anfang nehmen, so folgt daraus mehr nicht, als daß, wenn die Erzeugung erst später nachgewiesen wird, der Rechtszustand auf die Zeit zurückdatiert wird, wo die Thatsache der Erzeugung und der Ehe zusammen vorlagen, nicht aber, daß jener Nachweis für den Personenstand bedeutungslos sei. — Unrichtig ist es auch, wenn die Nichtigkeitsbeschwerde behauptet, daß das Standesbuch nur die Geburt, die Heirat oder den Tod, nicht die Abstammung eines als geboren Eingetragenen beweise, die Feststellung, wer der Vater sei, Sache des Richters, nicht des Standesbeamten sei. Wichtig ist nur, daß, wenn diese Frage streitig ist, sie durch das Gericht zu entscheiden ist, aber

---

zur Entgegennahme freiwilliger Erklärungen hierüber ist der Standesbeamte nach §. 25 des Gef. v. 6. Febr. 1875 über die Beurkundung des Personenstandes zc. (R.G.Bl. S. 23) die kompetente Behörde, und seine Eintragung beweist nach §. 15 das. bis zum Beweise der Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung die dadurch bekundete Thatsache. Die Beurkundung hatte daher allerdings, wie der §. 271 St.G.B.'s verlangt, eine nicht vorgekommene aber als geschehen bezeugte Thatsache zum Gegenstande, sie begriff den Inhalt der abgegebenen Erklärung, nicht lediglich deren Erfolgsein.“